

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Juli 2016

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die letzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause ist nun erfolgreich zu Ende gegangen. Auch in dieser Woche sind wieder zahlreiche wichtige Gesetze der Koalition verabschiedet worden.

Eine kleine Auswahl – die Reform des Sexualstrafrechts und die EEG-Reform – stelle ich Ihnen hier kurz vor. Alle anderen wichtigen Gesetze können Sie in der folgenden Übersicht in Erfahrung bringen.

Trotz der intensiven Gesetzesberatungen lag auch in dieser Woche ein Großteil des Augenmerks auf dem Vereinigten Königreich und den Nachwirkungen des Brexit-Referendums. Auch im politischen Betrieb Deutschlands hat man das Gefühl, dass das ganze Ausmaß noch nicht vollends realisiert wurde – ganz zu schweigen von den Briten selbst.

Der Europäische Rat hatte in der vergangenen Woche versucht erstmalig nach der Entscheidung für den Brexit Antworten zu finden - durch Konsultationen mit und ohne Großbritannien. Die einzelnen Ergebnisse dieses Treffens möchte ich Ihnen in diesem Brief aus Berlin zum einen zusammenfassen und zum anderen kommentieren.



Am Ende dieser ersten parlamentarischen Jahreshälfte möchte ich mich für Ihr reges Interesse an meinem Brief aus Berlin bedanken und Ihnen einen schönen Sommer und eine erholsame Urlaubszeit wünschen. Ich freue mich darauf, Ihnen nach der Sommerpause – sofern es bis dahin keinen Anlass gibt – weiterhin die aktuellsten Entwicklungen aus dem politischen Berlin zuzusenden zu dürfen.

Da eine parlamentarische Sommerpause aber nicht mit Urlaub gleichzusetzen ist, werde ich selbstverständlich auch weiterhin im Wahlkreis unterwegs sein. Zögern Sie also nicht, mich einfach anzusprechen oder mit meinem Büro einen Gesprächstermin zu vereinbaren.

Ich wünsche Ihnen nun viel Vergnügen und eine aufschlussreiche Lektüre.

Herzliche Grüße,

Ihr





Blick auf die aktuellen politischen Themen

Europäischer Rat nach „Brexit“ • Sexualstrafrecht • EEG •
Praktikantenberichte von Marcel Schana und Anne Barth

„Brexit“:

Der erste Europäische Rat „danach“

Bei Ihrem ersten Europäischen Rat nach dem Brexit-Referendum haben die Staats- und Regierungschefs der EU das Ergebnis bedauert. Es herrschte Einigkeit darüber, dass spätestens bis September eine Austrittserklärung der britischen Regierung erwartet wird. Eine Hängepartie, wie es die Bundeskanzlerin formulierte, befürwortet in Europa niemand.

Ich möchte betonen, dass es jetzt zunächst einmal an Großbritannien selbst ist, zu erklären und festzulegen, wie es sein künftiges Verhältnis zur Europäischen Union gestalten möchte, da sie den Artikel 50 aktivieren müssen. Ich möchte aber zugleich davor warnen, die Geduld der 27 übrigen EU-Staaten zu überstrapazieren. Auch den Briten sollte an einer harmonischen „Scheidung“ gelegen sein. Dabei unterstütze ich die Bundeskanzlerin ausdrücklich, wenn sie sich gegen Rosinenpickerei ausspricht und betont, dass ein Raus aus der EU merkbare Unterschiede zu einer Mitgliedschaft haben

Wichtigste in dieser Sitzungswoche verabschiedeten Gesetze

- Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung
- Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen
- Integrationsgesetz
- Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze
- Gesetz zur Änderung des Bundesfernmeldegesetzes und weiterer Vorschriften
- Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
- Gesetz zur Errichtung eines Transplantationsregisters
- Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze
- Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamtinnen und Beamte des Bundes und Soldatinnen und Soldaten sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften
- Gesetz zur Änderung des Sachverständigenrechts und zur weiteren Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
- Gesetz zur Einführung von Ausschreibungen für Strom aus erneuerbaren Energien und zu weiteren Änderungen des Rechts der erneuerbaren Energien
- Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften
- Gesetz zur Änderung des Bundesjagdgesetzes

muss. Informelle Verhandlungen und Gespräche zum Brexit wird es mit Deutschland aus guten Gründen nicht geben.

In den kommenden Wochen wird es nicht um eine tiefere oder weniger tiefe europäische Integration gehen, sondern um eine gemeinsame und erfolgreiche Gestaltung europäischer Politik. Alles was hilft die Solidarität zu stärken und die Fliehkräfte zu verringern, muss erlaubt sein, gedacht zu werden.

Der französische Staatspräsident Hollande, der italienische Ministerpräsident Renzi und die Bundeskanzlerin haben sich vor diesem Hintergrund im Vorfeld des Europäischen Rates auf drei prioritäre Bereiche eines gemeinsamen Handelns geeinigt. Diese ersten Punkte wurden auf dem informellen Teil des Rates unter den 27 Mitgliedern debattiert:

Innere und äußere Sicherheit:

- Gemeinsamer Schutz der europäischen Außengrenzen
- Frieden und Stabilität in der europäischen Nachbarschaft
- Gemeinsamer Kampf gegen den Terrorismus
- Gemeinsames Vorgehen gegen soziale Ausgrenzung
- Ausschöpfen des Potenzials einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Starke Wirtschaft und starker sozialer Zusammenhalt:

- Wohlstandsversprechen an Bevölkerung halten
- mehr Wachstum, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Arbeitsplätze zu schaffen – insbesondere für junge Menschen
- mehr Investitionen, um die Stärke unserer Wirtschaft im globalen Wettbewerb zu sichern

- Politiken für ein starkes Unternehmertum
- Stärkung von Forschung, Innovation, Aus- und Weiterbildung
- Entwicklung der digitalen Wirtschaft in Europa für bessere Dienstleistungen, eine modernisierte Industrie und Beschäftigung
- Nutzung des Potenzials der Energie- und Klimapolitik zum Schutz der Umwelt

Ambitionierte Programme für die Jugend:

- Stärkung der europäischen Initiativen für Fort- und Weiterbildung, Unternehmertum und europaweiten Zugang zu Arbeitsplätzen für Jugendliche

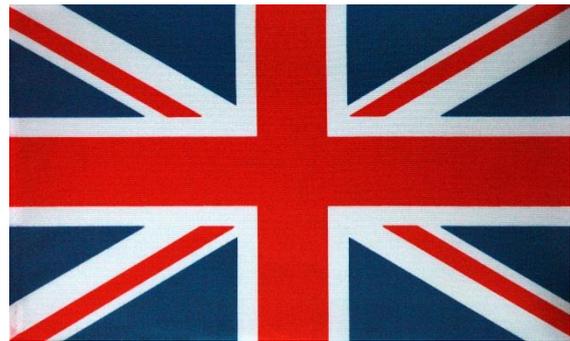


Bild: CDU Deutschlands

Traditionell befasst sich der Europäische Rat im Juni mit Wirtschaftsthemen. Dieses Mal spielte dennoch das Thema Migration die größere Rolle im formellen Teil des Europäischen Rates. Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich auf einen gemeinsamen Grenz- und Küstenschutz für sichere EU-Außengrenzen. Um die illegale Migration in die EU zu verhindern und Fluchtursachen zu bekämpfen, sollen Partnerschaftsabkommen mit weiteren Flucht- und Transitländern geschlossen werden.

Der Europäische Rat stellte zudem fest, dass es bei der Umsetzung sämtlicher Maßnahmen der EU-Türkei-Agenda erhebliche Fortschritte gegeben habe. Daher

möchte die EU zur Bekämpfung der illegalen Migration nach dem Modell der EU-Türkei-Vereinbarung rasch weitere Rückführungs- und Kooperationsabkommen abschließen, aber auch die entwicklungspolitischen Instrumente der Mitgliedstaaten besser aufeinander abstimmen.

Um Arbeitsplätze zu schaffen, die Produktivität zu steigern und ein attraktives Umfeld für Investitionen und Innovation zu errichten, sei ein vertiefter und fairerer europäischer Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung. Der Europäische Rat hat deshalb verschiedene Maßnahmen angekündigt. So geht es um die Beseitigung von Hindernissen im Online-Handel, eine bessere grenzüberschreitende Portabilität, die Abschaffung der Roamingaufschläge bis Juni 2017 und die Umsetzung des E-Government-Aktionsplans. Neben Reformen des Urheberrechts und des Rechtsrahmens für audiovisuelle Medien wurden auch hochleistungsfähige Breitbandverbindungen in ganz Europa angekündigt.

Der Rat würdigte die ersten konkreten Ergebnisse der Investitionsoffensive für Europa und des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Dieser Fonds sei ein wichtiger Beitrag zur Mobilisierung von Privatinvestitionen, wobei knappe Haushaltsmittel intelligent eingesetzt würden.

Die Mitglieder des Europäischen Rates streben zudem ein stärkeres Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik an. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Nato wurde im Beisein von Nato-Generalsekretär Stoltenberg erörtert. Die Sanktionen gegen Russland wurden verlängert.

Bis der nächste informelle Europäische Rat ohne Großbritannien im September in Bratislava unter slowakischer Ratspräsidentschaft stattfinden wird, sollen ein

konkreter Zeitplan und präzise Verpflichtungen formuliert werden, um Antworten auf die Herausforderungen zu finden, die sich aus dem Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich ergeben. Auf diesem Rat sollen sich die Staats- und Regierungschefs auf konkrete Projekte verständigen, die in den nächsten sechs Monaten in Europa für Wachstum und Sicherheit sorgen und umgesetzt werden sollen.

Nur weil Großbritannien sich verabschieden wird, hat sich die Aufgabe der Europäischen Union Frieden zu sichern und Wohlstand zu mehren, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu garantieren und Werte zu vermitteln nicht wesentlich geändert. Die Herausforderungen des 21. Jahrhundert sind durch das Votum der Briten für die verbliebenen Mitglieder nicht kleiner geworden. Auch Solidarität und Einigkeit in der EU sind nicht unwichtiger geworden. „Geeint in Vielfalt“ sind unser Ziel und unser aller Verantwortung zugleich. ■

Aktuell zur Erbschaftssteuer

Vor wenigen Wochen hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich der Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer zugestimmt. Schon bei der Verabschiedung im Bundestag war klar, dass die Implementierung am Bundesrat scheitern könnte. Dies wird nun auch geschehen. Nicht nur die Grünen, sondern auch die SPD, die der Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel nicht überzeugen konnte, haben zuletzt Stimmung gegen das Gesetz gemacht. Bei einer Ablehnung des Vermittlungsausschusses werden die Fristen nicht mehr einzuhalten sein. Der Fortgang der Reform scheint wieder offen – auch ein Scheitern ist nicht ausgeschlossen.

Sexualstrafrecht:

„Nein heißt Nein“ – endlich!

Neben vielen anderen Gesetzen, haben wir in dieser Woche endlich das Sexualstrafrecht verabschieden können. Mit dieser Verschärfung schließen wir Strafbarkeitslücken und setzen in der Gesellschaft ein klares Zeichen: Wenn jemand einen sexuellen Kontakt nicht will, ist das ohne Wenn und Aber zu akzeptieren.

Künftig reicht die Vornahme sexueller Handlungen gegen den erkennbaren Willen des Opfers zur Strafbarkeit aus. Der Grundsatz „Nein heißt Nein“ verträgt keine Einschränkung und wird durch maßgeblich von der Unionsfraktion im parlamentarischen Verfahren vorangetriebene Änderungen fest im Sexualstrafrecht verankert.

Mit den neuen strafrechtlichen Regelungen geben wir auch die richtigen Antworten auf die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und an anderen Orten in unserem Lande, bei denen Frauen Opfer sexueller Übergriffe wurden. Zukünftig

werden mittels eines neuen Straftatbestandes der sexuellen Belästigung auch das sogenannte Grabschen und solche Straftaten, die aus Gruppen heraus begangen werden, geahndet.

Wenngleich auch das neue Gesetz keine Zivilcourage ersetzt und es auch in Zukunft im Einzelfall schwer sein kann, Beweise für eine Vergewaltigung vorlegen zu können, um Richter von der Tat zu überzeugen, halte ich dieses Gesetz für notwendig und überfällig. Es schien aus der Zeit gefallen, dass ein klares Nein bisher im rechtlichen Sinne nicht Nein, sondern für den Täter „vielleicht ja doch“ hieß. Das stellen wir als Gesetzgeber nun zweifelsfrei klar. Gut so! ■

EEG-Reform:

Erneuerbare Energien im Wettbewerb

Umwelt- und Klimaschutz müssen ausgewogen gestaltet werden, so dass es auf der einen Seite nicht zu einer weiteren massiven Kostenexplosion für Bürgerinnen und Bürger kommt



und auf der anderen Seite der Klimaschutz weiter effizient vorangebracht wird, damit die Erderwärmung auf zwei beziehungsweise 1,5 °C begrenzt werden kann.

Schon heute befinden sich zunehmend viele Bürgerinnen und Bürger trotz sinkender Marktpreise für Strom in Stromarmut. Die EEG-Umlage ist um mehr als 4 Cent pro kWh (200 Prozent) gestiegen. Trotz fallender Weltmarktpreise für Strom hat sich der Strompreis in Deutschland seit 2002 um mehr als 60 Prozent erhöht.



Bild: Harald Walter

Die Energiewende und der damit verbundene Umwelt- und Klimaschutz sind in Deutschland im großen Maße akzeptiert. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion tragen dafür die Verantwortung, dass die Akzeptanz bestehen bleibt und nicht durch Kostenexplosionen abgeschwächt wird. Der Balance aus Klimaschutz, Netzausbau und Ausbau der erneuerbaren Energien trägt das von den Koalitionspartnern erarbeitete Gesetz angemessene Rechnung.

Aufgrund intensiver Zusammenarbeit in der großen Koalition sowie mit der EU-Kommission können wir nunmehr die Weichen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien neu stellen. Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, schaffen wir den Übergang vom bisherigen System der Festvergütungen zu Strommengen-ausschreibungen. Die Ausschreibungen

beginnen 2017 und erfolgen aufgeteilt nach Windkraft auf See, Windkraft an Land, Photovoltaik und Biomasse. Die Ausschreibungsmengen sind so zu bemessen, dass der Ausbaukorridor von 40 bis 45 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien im Jahr 2025 eingehalten wird.

In den parlamentarischen Beratungen haben wir den Regierungsentwurf in kurzer Zeit an zahlreichen Stellen sinnvoll weiterentwickelt. Insbesondere wird der Ausbau der Windenergie auf See besser mit dem Stromnetzausbau an Land verzahnt. Er wird in den Jahren 2021 bis 2025 reduziert, weil bis dahin die erforderlichen Stromtrassen noch nicht zur Verfügung stehen. Unter anderem wird auch die Härtefallregelung für energieintensive Unternehmen angepasst, die Ausschreibung für alle Biogasanlagen geöffnet und Windenergieanlagen an Land in sogenannten Netzausbaugebieten begrenzt. Über Photovoltaik auf Ackerflächen entscheiden in Zukunft die jeweiligen Bundesländer.

Gemessen an den zahlreichen unterschiedlichen Interessen, die in der Frage der erneuerbaren Energien existieren, hat die Koalition einen sehr konstruktiven, ausgleichenden und zielorientierten Gesetzentwurf vorgelegt, der den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht ausbremst und den Energiemarkt wieder mehr für Marktwirtschaft und Wettbewerb öffnet. Wettbewerb stützt die Energiewende in Deutschland – nicht nur ökonomisch, sondern vor allem bei der Bevölkerung – nachhaltig. Weitere Schritte zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende müssen dennoch folgen. Erneuerbare Energien können massentauglich nur dauerhaft eingesetzt werden, wenn das

Stromnetz ausgebaut und Speicherkapazitäten geschaffen wurden. Es bleibt nach wie vor viel zu tun. ■

Ein Schlusswort ...

In dieser Woche wurde ebenfalls das so wichtige **Integrationsgesetz** verabschiedet. Ich habe im Detail dazu schon im ersten Brief aus Berlin im Juni Stellung bezogen. Kurz zusammengefasst werden mit dem Integrationsgesetz folgende Aspekte der Integration geregelt: Integrationskurse, Wohnsitzzuweisung, 100.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten, Rechtssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe, Zugang zum Arbeitsmarkt, Mitwirkungspflichten, Leistungseinschränkungen, Leistungssystem des Asylbewerberleistungsgesetzes, Erhalt des Aufenthaltsnachweises und vieles Weitere mehr. Das Gesetz ist ein Meilenstein in der deutschen Integrationspolitik.

Marcel Schana:

Praktikumsbericht

Fünf Wochen turbulenter Ereignisse liegen hinter mir. Kein Wunder, dass mir die Zeit als Praktikant wie im Flug ergangen ist. Kaum hier und schon wieder fertig. Freundlich empfangen durch Ria Schulz und Johannes Dehn wurde mir am ersten Tag bewusst, wie komplex und weitläufig der Apparat hinter dem öffentlich bekannten Reichstag ausfällt. Es sollte einige Tage dauern, bis ich mich im Verbund aus unterirdischen Wegen und häuserverbindenden Brücken zurecht fand. Positiv überrascht durch die offene und herzliche Atmosphäre im Büro fühlte ich mich schnell wohl und dazugehörig, was mir von Anfang an große Freude an der Arbeit bereitetete. Bestärkt wurde das Gefühl dadurch, dass ich nach dem ersten Arbeitstag gleich mit auf das Sommerfest der hessischen CDU Abgeordneten gehen durfte. [...]

Wahrscheinlich gehört eine ganze Menge Eigeninitiative dazu, doch wäre das Prak-

tikum niemals so verlaufen, ohne die gelte Maxime des ganzen Büros das Maximum des Möglichen seinen Praktikanten zu ermöglichen. In Markus Koobs Büro soll jeder Praktikant einen Einblick in die Arbeit des Abgeordneten erleben (!), nachvollziehen, worin seine Aufgaben und Verantwortungen liegen und was im Hintergrund geschehen muss, damit alles reibungsfrei vonstattengehen kann.

Um diesen Anspruch gerecht zu werden, schickte Herr Koob mich gleich am folgenden Abend auf die Veranstaltung „Mittelstand trifft Politik“ in der parlamentarischen Gesellschaft. Allein von der Location schon eine einmalige Erfahrung, die darin noch bestärkt wurde, dass ich exklusiven Zugang zu Führungspersönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft bekam. Anregende Gespräche und neue Kontakte erweiterten nicht nur mein Wissen und Verständnis, sondern auch mein persönliches Netzwerk. Ähnliches sollte sich auf circa 20 weiteren Veranstaltungen abspielen, sodass ich während der Sitzungswochen nur selten vor 23 Uhr „Feierabend“ hatte.

Der Alltag war jedoch nicht nur durch Abendveranstaltungen geprägt, sondern auch durch tägliche Parlamentsarbeit, die sich konkret für mich in Recherche zum Investitionssteuergesetz und den Einarbeiten in das neue Erbschaftssteuer- und Schenkungsgesetz äußerte. Begleiten durfte ich Markus Koob in seine Ausschuss- und AG-Sitzungen, wodurch ich nicht nur Einblicke in die Abläufe der Gesetzgebung bekam, sondern auch direkt mitverfolgen konnte, wie Politik innerhalb einer Fraktion vonstattengeht.

Ich führte Protokoll und berichtete anschließend über die Debatten. Wichtig war diese Aufgabe deshalb, weil Markus Koob neben dem Finanzausschuss auch ordentliches Mitglied im Ausschuss für

Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist. Dieser beginnt meist während der regelmäßig länger dauernden Finanzausschusssitzung, weshalb es dort häufiger zu Überlagerungen kam. Markus Koob kann dabei selbstverständlich nur an einer der beiden Sitzungen teilnehmen.



Leo Schmitt, Markus Koob, Jonny Kumar & Marcel Schana

Abendveranstaltungen und Ausschusssitzungen nahmen bereits viel Zeit in Anspruch, wurden jedoch noch ergänzt durch täglich anfallende Büroarbeit. Deutlich wurde mir dabei, dass ein guter Abgeordneter nur mit einem nahezu perfekt funktionierenden Team im Hintergrund funktionieren kann und jedes Mitglied hier besondere Verantwortung zu übernehmen hat!

So hatte ich das Vergnügen Armin Grabs bei der Betreuung der Besuchergruppe aus dem Wahlkreis behilflich zu sein. Als ständiger Ansprechpartner auf den Veranstaltungen durfte ich die Gruppe einige Tage begleiten, was auch einen Besuch mit damit verbundener Führung im Bundeskanzleramt einschloss.

Den politischen Höhepunkt meines Praktikums setzte unfreiwillig das Ergebnis des britischen Referendums zum Verbleib in der Europäischen Union. Als Zuschauer auf der Pressetribüne konnte ich direkt bei der 181. Sitzung des deutschen

Bundestages dabei sein und so die Regierungserklärung von Frau Dr. Angela Merkel live miterleben. Mit Sicherheit ein Moment, den ich nicht vergessen werde!

Insgesamt hat das Praktikum meine Erwartungen übertroffen. Ich konnte nicht nur thematisch tiefe Einblicke in die Bundespolitik bekommen, sondern hatte auch die Möglichkeit spannende Persönlichkeiten kennenzulernen, was mir viel über die Arbeit in der Politik aufzeigte. Daher kann ich allen, die sich prinzipiell für Politik interessieren, ein Praktikum bei Markus Koob empfehlen. Es stellt nicht nur inhaltlich eine Horizonterweiterung dar, sondern bietet auch eine Möglichkeit, sich persönlich weiter zu entwickeln.

Man sollte jedoch etwas Zeit mitbringen. Irgendwie vergingen die fünf Wochen so schnell, dass ich schon etwas wehmütig den Rückweg nach Frankfurt antreten musste. Ich freue mich daher umso mehr, dass es mit dem Praktikantenstammtisch eine Möglichkeit des im Kontaktbleibens gibt! An dieser Stelle daher nochmal mein Dank an Markus Koob und das ganze Team. Es war mir eine große Freude und Ehre zugleich! ■

Anne Barth:

Praktikumsbericht

„ Die Einheit Europas war ein Traum Weniger. Sie wurde Hoffnung für Viele. Sie ist heute Notwendigkeit für alle.“- Konrad Adenauer

Mit dem Thema Europa und EU begann auch mein Praktikum im Büro von Markus Koob. Direkt an meinem zweiten Tag hielt Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Regierungserklärung zum Brexit. Mein Mitpraktikant und ich hatten das Glück mit Presseausweisen uns die Rede und die darauffolgende Aussprachen ansehen zu können. Somit war es uns auch erlaubt

Bilder zu machen. Wie oft sieht man so viele bekannte Politiker live auf einem Fleck?

Spannend ging es diese Woche auch weiter. Als Praktikant hat man in dem Bundestagsbüro von Markus Koob das Glück sich für fast alle Veranstaltungen anmelden zu können, an denen Markus Koob nicht teilnehmen kann. So konnte ich an einem Tag gleich an drei Veranstaltungen teilnehmen! Die beeindruckendste Veranstaltung an diesem Tag war das 40-jährige Jubiläum des Mitbestimmungsgesetzes der Hans-Böckler-Stiftung. Diese fand in einer traumhaften Kulisse statt im Deutschen Historischen Museum. Neben dem Glück eine Rede des Bundespräsidenten Joachim Gaucks zu hören, hatten wir auch noch die Gelegenheit mit ihm ein Foto zu machen, was den Abend nahezu perfekt machte.



Durch eine einladende und angenehme Atmosphäre im Büro fühlt man sich gleich Willkommen und durch die gemeinsamen Mittagessen kommt es auch außerhalb des Büros zu tollen Gesprächen. Durch die „Schnitzeljagd“ und dem Praktikantenordner fällt es einem leicht sich zurecht zu finden. Neben den alltäglichen Büroarbeiten, wie Briefe sortieren oder die Tagesordnungspunkte der Ausschüsse ausdrucken, die anfallen kann man in den Sitzungswochen mit zu den Ausschüssen und Arbeitsgruppen gehen.

Eine tolle Erfahrung, weil man merkt, wie sehr Politiker auch innerhalb der Fraktion für ihre Meinung kämpfen. Am Ende geht man aus der Sitzung und hat die Erkenntnis, dass Politiker auch nur Menschen sind und größtenteils einen großartigen Job leisten und meist großen Sinn für Humor haben.

In den Sitzungswochen ist es immer wieder etwas Besonderes, wenn man durch die Gänge der Gebäude läuft und an einem bekannten Politiker vorbeigeht. Sie von Angesicht zu Angesicht zu sehen ist etwas komplett anderes als auf der Bühne oder im Fernsehen. Die Tage des Praktikums sind leider viel zu schnell rumgegangen. Zwei Wochen reichen sicherlich nicht aus, um einen tiefen Einblick in die Politik des Deutschen Bundestages zu bekommen, aber sie haben gereicht eine bessere Übersicht über das politische Leben in Berlin zu haben. Unterstützung erhält man nicht nur von den Mitarbeitern des Büros Koob, sondern von vielen weiteren Mitarbeitern des Bundestags. Das Ziel von jedem ist, dass der Praktikant viel erlebt und tolle Möglichkeiten hat!

Ich bin froh mich für dieses Praktikum beworben zu haben und glaube, dass es eine tolle Option für jede politikinteressierte Person ist ein Praktikum im Bundestag zu absolvieren, besonders im Büro Koob. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030-227-75549 • Fax 030-227-76549
markus.koob@bundestag.de

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information.
Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der
Wahlwerbung verwendet werden.